

Neue Zürcher Zeitung

Geleakte Geheimdokumente belegen die Internierung und Verfolgung von Uiguren in China – fünf Antworten zu den «China Cables»

Das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) veröffentlichte geheime Unterlagen der Kommunistischen Partei Chinas, die aufzeigen, wie muslimische Minderheiten in China systematisch überwacht und in Gefängnis-ähnlichen Lagern «umerzogen» werden.

Aktualisiert

Elena Panagiotidis 25.11.2019, 11:03 Uhr

Geheimdokumente enthüllen die Verfolgung der Uiguren und Anleitungen zur massenhaften Internierung der muslimischen Minderheit in Nordwestchina. Die «China Cables» genannten Papiere veröffentlichte das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ).

Was zeigen die Dokumente?



Woher stammen Dokumente, an wen gingen sie und wie sind sie zu bewerten?



Wie reagiert Peking?



Warum verfolgt Peking die Uiguren?



Reicht Pekings langer Arm bis ins Ausland?



Was zeigen die Dokumente?

Die Unterlagen der Kommunistischen Partei Chinas belegen, dass die von Peking als «Weiterbildungseinrichtungen» in der Region Xinjiang bezeichneten Lager in Wirklichkeit **abgeschottete, streng bewachte Umerziehungslager** sind.

Die Dokumente **widerlegen Aussagen der Regierung**, wonach der Aufenthalt in den Lagern freiwillig sei. In der Regel werden Insassen demnach mindestens ein Jahr darin inhaftiert. Nach Schätzungen sind Hunderttausende von Uiguren in solche Umerziehungslager gesteckt worden. Die geheimen Unterlagen zeigen zudem, wie Uiguren **gezielt überwacht und in einer Datenbank erfasst** werden. Im Ausland nutzt China demnach seine Botschaften und Konsulate, um Uiguren zu bespitzeln.

Zu den Papieren gehört eine «Stellungnahme zur weiteren Verstärkung und Standardisierung von Erziehungs- und Ausbildungszentren für berufliche Fertigkeiten» der Rechtskommission von Xinjiang von 2018, wie die «Süddeutsche» berichtet. Zu den «China Cables» gehören eine **Anleitung zum Betrieb von Lagern, vier Bekanntmachungen zu einer Überwachungsdatenbank** sowie das Urteil gegen einen Uiguren.

Mehr als zwei Dutzend Regeln für den Betrieb der Lager seien aufgelistet. Unter anderem heisst es: **«Es dürfen auf keinen Fall Ausbrüche vorkommen.» Alle Zimmer und Gänge müssten streng abgesperrt werden.**

Auch werde dargelegt, wie die Internierten beim Toilettengang, Schlafen und Unterricht zu überwachen seien, berichtete der deutsche Sender NDR. Auch von Züchtigung sei die Rede. Mit einem Punktesystem würden die Inhaftierten bewertet.

In vier weiteren Dokumenten von 2017 werde ausgeführt, wie eine «Integrationsplattform für gemeinsame Einsätze» genutzt werden soll. In die Überwachungsdatenbank fliessen demnach Informationen aus verschiedenen Quellen ein: Verhöre, Überwachungssoftware und Material der in Xinjiang weit verbreiteten Überwachungskameras. Die Plattform ermittle, wer verdächtig ist und wer nicht. Aus den «China Cables» gehe hervor, dass die Behörden **in einer einzigen Woche im Juni 2017 insgesamt 15 638 Uiguren festgenommen und in Lager gesteckt** hätten.

Woher stammen Dokumente, an wen gingen sie und wie sind sie zu bewerten?

Die Dokumente aus den Jahren 2017 und 2018 wurden dem Internationalen Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) **von Exil-Uiguren zugespielt**. Weltweit haben mehr als 75 Journalisten von 17 Medienpartnern die Papiere ausgewertet. Am Montag berichteten in der Schweiz etwa Zeitungen von Tamedia über die Recherche. In Deutschland gehören NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung zu den Partnern.

Menschenrechtsorganisationen prangern seit langem die Unterdrückung der Uiguren an. Berichte über die Umerziehungslager für Uiguren gibt es seit 2017. Demnach sind über eine Million Uiguren und Angehörige anderer muslimischer Minderheiten (zum Beispiel sind auch Kasachen und Kirgisen betroffen) ohne Haftbefehl, Prozess oder anwaltlichen Beistand in sogenannten Umerziehungslagern inhaftiert, wo sie zur Aufgabe ihrer Religion, Kultur und Sprache gezwungen werden.

Mitte November erklärte die in Washington ansässige Gruppe East Turkistan National Awakening Movement (ETNAM), mehr als 450 Orte lokalisiert zu haben, an denen China Uiguren festhalte. Die Regierung in Peking wies die Anschuldigungen zurück.

Auch der «New York Times» wurden kürzlich rund 400 interne Dokumenten der Kommunistischen Partei Chinas zur Politik in Xinjiang zugespielt, die tief blicken liessen. So sagte Regierungschef Xi in Geheimen Reden: «Wir müssen hart sein und dürfen absolut keine Gnade zeigen.» Die Partei müsse die Mittel einer Diktatur anwenden, um den radikalen Islam zu vernichten, sagte Xi laut den Redeprotokollen.

Journalisten können in Xinjiang nicht ungehindert recherchieren und haben mit Schikanen der chinesischen Behörden zu rechnen.

Die sogenannten «China Cables» zeigen nun, dass es **geheime Vorgaben für die systematische, massenhafte Internierung** von Uiguren gab.

Mehrere Dokumente sind vom damaligen Vize-Parteichef in Xinjiang, Zhu Hailun, unterzeichnet. Mit Regierungsunterlagen, die die «New York Times» zuvor veröffentlichte, zeichnen die «China Cables» das **Bild eines Überwachungsstaates in Xinjiang.**

Adrian Zenz, Experte für Chinas Minderheitenpolitik, der die Lager auch erstmals nachgewiesen hatte, sprach gegenüber [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) von einem «**kulturellen Genozid**». Im Nordwesten Chinas spiele sich «etwas noch nie Dagewesenes ab. Die systematische Internierung einer ganzen ethno-religiösen Minderheit ist, vom Ausmass her, vermutlich die grösste seit dem Holocaust.»

Der Sozialwissenschaftler Zenz hatte [der NZZ in einem Interview im Februar 2019](https://www.nzz.ch/international/china-cables-enthuelen-internierung-und-verfolgung-von-uiguren-ld.1524142) erklärt, wie das System aufgebaut ist und wie er dessen Existenz trotz anfänglichem Leugnen der chinesischen Behörden nachweisen konnte. Unter anderem sagte er: «Die Lagerinsassen müssen täglich stundenlang kommunistische Lieder singen, Parteipropaganda auswendig lernen und die chinesische Sprache büffeln. Sie müssen bedingungslosen Gehorsam zeigen. Ständig werden sie mit Kameras und Mikrofonen überwacht, sogar in den Toiletten und Duschen. Sie schlafen mit Dutzenden anderen in kleinen Zellen. Wer seine Lektion nicht auswendig gelernt hat oder Anweisungen nicht befolgt, **wird bestraft mit Nahrungsentzug und Einzelhaft, teilweise auch geschlagen und gefoltert.**»

Wie reagiert Peking?

Eine offizielle Reaktion aus Peking auf die Offenlegung gab es am Montag zunächst nicht.

Auf Anfrage der «Süddeutschen Zeitung» **verwies Chinas Botschaft in Berlin auf Verlautbarungen**, wonach es sich bei den Lagern um **Massnahmen zur «Terrorbekämpfung und Entradikalisierung sowie zur beruflichen Aus- und Weiterbildung»** handele.

Warum verfolgt Peking die Uiguren?

In China leben schätzungsweise zehn Millionen Uiguren, die meisten davon in Xinjiang. Sie sind ethnisch mit den Türken verwandt und fühlen sich von den herrschenden Han-Chinesen wirtschaftlich, politisch und kulturell unterdrückt. Nach ihrer Machtübernahme 1949 hatten die Kommunisten das frühere Ostturkestan China einverleibt. Die Regierung in Peking wirft uigurischen Gruppen Separatismus und Terrorismus vor.



NZZ / paz.

Reicht Pekings langer Arm bis ins Ausland?

Die Papiere belegen, dass China auch im Ausland Uiguren überwacht. Konsulate und Botschaften sammeln hierfür Informationen. Wenn Verdächtige nach China einreisen, würden sie interniert. Um die Datenbank zu füllen, werden laut NDR nicht nur Ausweise und Reisen erfasst, sondern auch Mitarbeiter in Dörfer und zu Familien geschickt, um herauszufinden, wie die Menschen über die Partei denken.

Dazu sollen **«Spezialgruppen (...) in die Haushalte eindringen, jede Person aufsuchen, sie befragen, Erkundigungen über sie einziehen und sie gründlich überprüfen»**. Einwohner sollen in «Gefahrenkategorien» eingeteilt werden: «Zu problematischen Personen, die sich vor Ort befinden, ist eine Rückmeldung über die ergriffenen Massnahmen zu geben; zu problematischen Personen, die sich nicht vor Ort befinden, ist anzugeben, wo sie sich befinden, konkret, ob sie sich im Ausland, ausserhalb von Xinjiang oder innerhalb von Xinjiang befinden, ausserdem sind die Verwaltungs- und Kontrollmassnahmen anzugeben, die gegen sie ergriffen wurden», zitierte der NDR.